



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Männervereine schützen und gemeinnützige Vereine weiterhin zu politischer Neutralität verpflichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass

1. die bisherigen gesetzlichen Regelungen zur Gemeinnützigkeit nach der Abgabenordnung bestehen bleiben, um insbesondere eine verdeckte Parteienfinanzierung durch gemeinnützige Vereine mit politischer Zielsetzung zu verhindern,
2. bei der steuerrechtlichen Beurteilung der Gemeinnützigkeit Genderaspekte kein Beurteilungsmaßstab werden.

Begründung:

Laut Pressemitteilungen der letzten Tage möchte Bundesfinanzminister Olaf Scholz das Gemeinnützigkeitsrecht reformieren. Dabei vertrat er laut Tagesschau die Auffassung, dass Vereine, die grundsätzlich keine Frauen aufnehmen, aus seiner Sicht nicht gemeinnützig seien. Das ist nicht zutreffend: Auch reine Männervereine können gemeinnützige Zwecke verfolgen, so wie das auch reine Frauenbewegungen tun. Gemeinnützigkeit hat keine geschlechtsspezifischen Merkmale. Die Aussagen des Bundesfinanzministers wecken jedoch die Sorge, dass er die Gemeinnützigkeit insofern einschränken möchte, indem reinen Männervereinen lediglich aufgrund ihrer Mitgliederzusammensetzung die Gemeinnützigkeit aberkannt werden soll, obwohl der Vereinszweck dem Wohl der Allgemeinheit dient.

Außerdem lassen Pressemitteilungen darauf schließen, dass der Bundesfinanzminister eine Regelung schaffen möchte, nach der auch politisch aktive Organisationen, wie beispielsweise Attac, wieder von der Gemeinnützigkeit profitieren sollen. Mit einer solchen Öffnung des Gemeinnützigkeitsrechts wäre der verdeckten Parteienfinanzierung Tür und Tor eröffnet. Gerade das sollte aber vermieden werden, da die politische Willensbildung Aufgabe der Parteien ist und nicht die von steuerlich begünstigten NGOs. Setzt sich der Bundesfinanzminister mit einer solchen Reform durch, ist die Büchse der Pandora geöffnet: Dann droht das bisher friedliche gemeinnützige Vereinsleben zum Schlachtfeld politischer Ideologien zu verkommen. Zum Schutz der Demokratie ist eine unbedingte und transparente Trennung von Gemeinnützigkeit und politischer Arbeit durchzusetzen.